Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG);

Güllelager mit ca. 8.000 m³ der Bioenergie Unterallgäu eG, 87463 Dietmannsried
bei Eichholz, Grundstück Fl.Nr. 1434, Gemarkung Schrattenbach, Gemeinde Dietmannsried

Erweiterung um eine Biogasanlage mit 2,22 Mio. Nm³/a

Bekanntmachung gemäß § 5 Abs.2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Firma Bioenergie Unterallgäu eG, Eichholz 15, 87463 Dietmannsried beantragte beim Landratsamt Oberallgäu nach § 16 BImSchG eine deutliche Erweiterung der Biogasanlage auf eine Jahresleistung von 2,22 Mio. Nm³/a. Die beantragte Erweiterung des Standortes Eichholz umfaßt die Errichtung einer Vorgrube, eines Behälters zur Wärmerückgewinnung mit Wärmepumpe, eines Fermenters mit Doppelmembran-Tragluftfoliendach, einer Mistplatte, einer Halle für die Hackschnitzelheizung mit Lager und eines Technikellers mit Pump- und Wärmeverteilung. Die Inputmenge für die Biogasanlage wird deutlich erhöht. Entsprechend steigt auch die jährlich produzierte Biogasmenge deutlich an. Das bisher geplante Betriebsgebäude für ein kleines BHKW entfällt. Das Biogas wird nicht mehr vor Ort eingesetzt, sondern per Mikrogasleitung zu einem weiteren Hof (Fl.Nr. 734/12, Gmkg. Grönenbach) der Bioenergie Unterallgäu in Grönenbach geleitet. Vor Ort wird eine Notfackel installiert.

Das Landratsamt Oberallgäu führt ein vereinfachtes immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren gem. § 19 i.V.m. § 16 des Bundesimmissionsschutzgesetzes – BImSchG - durch.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs. 1, § 9 Abs.2 Satz 1 Nr. 2, § 9 Abs.4 i.V.m. Anlage 1 Nr. 1.11.1.1 UVPG des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung – UVPG – ergab, daß die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Am Standort selbst liegen keine besonderen örtlichen Gegebenheiten vor (§ 7 Abs. 2 Satz 3 UVPG). Der Standort ist grundsätzlich für eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen. Die vorgelegten Unterlagen und Planungen zeigen, daß durch das geplante Vorhaben der Erweiterung der Biogasanlage nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen gerechnet werden muß. In der Zusammenschau ist daher durch das Vorhaben nicht von erheblichen Umweltauswirkungen aufgrund der Merkmale des Vorhabens oder besonderer örtlicher Gegebenheiten auszugehen (§ 7 Abs.1 Satz 3 UVPG). Die Prüfung ergab, daß durch das geplante Vorhaben der Erweiterung der Biogasanlage nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen gerechnet werden muß.

Die Einschätzung beruht auf einer Ausarbeitung des Antragstellers zur UVP-Vorprüfung im Antrag vom 18.11.2022 (§ 7 Abs.4 i.V.m. Anlage 2 UVPG), den im Antrag gemachten Angaben und eingereichten Plänen. Die Angaben wurden mit eigenen Erkenntnissen aus Ortseinsichten der bestehenden Anlage und aus eigenen Erkenntnisquellen ergänzt.

Gez.

Ruch, RAR

Az. 22.1 - 171/4-434/1 Ru